

Frankreichs Macron ist wegweisend unter den westlichen Führern, die böswillig Antizionismus mit Antisemitismus vermischen

Jonathan Cook, jonathan-cook.net

Inwieweit die Herangehensweise der internationalen Gemeinschaft sich gegenüber Israel in den letzten fünfzig Jahren verändert hat, lässt sich feststellen, wenn man das Schicksal eines Wortes studiert: Zionismus.

In der Generalversammlung der Vereinten Nationen brach 1975 ein Großteil der Welt mit den Vereinigten Staaten und Europa, und erklärte⁽¹⁾, die Gründungsideologie Israels, der Zionismus, sei „eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung“.

Das Nationengesetz schafft zwei unterschiedliche Rechtsstellungen, auf der Grundlage eines aufgezwungenen ethno-religiösen Klassifizierungssystems, das alle Juden zu Vorrechten über alle Palästinenser berechtigt

Die westliche Öffentlichkeit war schockiert. Der Zionismus, so war es ihnen gesagt worden, war die notwendige Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes, nach Jahrhunderten der Unterdrückung und Pogrome. Seine Kreation, Israel, war schlicht die Korrektur der schrecklichen Unrechts, das im Schrecken des Holocausts gipfelte.

Doch der Zionismus sah aus Sicht der Länder ganz anders aus, die jahrhundertlang dem europäischen Kolonialismus und dem Aufkommen des US-Imperialismus in neuerer Zeit ausgesetzt waren.

Die lange Geschichte an Verbrechen gegen Juden, die zur Gründung Israels führten, fand hauptsächlich in Europa statt. Und doch waren es Europa und die USA, die die Ankunft der Juden in der Heimat eines anderen Volkes, weit weg von ihren eigenen Ufern, gefördert und unterstützt hatten.

Der globale Süden war durch die großen Säuberungen der eingeborenen palästinensischen Bevölkerung, die von den europäischen Juden 1948 und 1967 durchgeführt wurden an die Säuberungen indigener Völker in den USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika erinnert.

Kolonialer Anachronismus

Zur Zeit der Abstimmung in der UNO, im Jahr 1975, war offensichtlich, dass Israel nicht die Absicht hatte, den Palästinensern die besetzten Gebiete, die es acht Jahre zuvor eingenommen hatte, zurückzugeben. Vielmehr vertiefte Israel die Besatzung, indem es seine eigene Zivilbevölkerung illegal in die palästinensischen Gebiete überführte.

Überall auf der Welt wurden diese jüdischen Siedler als Anachronismus betrachtet, eine Erinnerung an die weißen „Pioniere“, die über die angeblich leeren Gebiete der USA nach Westen gezogen waren; die weißen Bauern, die weite Teile Südafrikas und Rhodesiens als ihre persönlichen Anwesen beschlagnahmten und die weißen Einwanderer, die die

restlichen Aborigines Australiens in Reservate trieben, oder sie zu Beiwerk für ihren Tourismus machten.

Die Resolution der Vereinten Nationen „Zionismus ist Rassismus“ überdauerte, bis zum Fall der Sowjetunion und der Herausbildung der USA als einzige Supermacht der Welt, 16 Jahre lang. Nach vielen diplomatischen Überredungskünsten durch Washington, einschließlich der Zusagen, dass Israel sich an einem Friedensprozess mit den Palästinensern beteiligen würde, wurde die Resolution 3379 im Jahr 1991 schließlich wieder aufgehoben.

Jahrzehnte später schlug das Pendel entscheidend in die andere Richtung aus. Die Eliten in den USA und Europa gaben ihre einst defensive Haltung, dass der Zionismus kein Rassismus sei, auf. Nun sind sie im Angriffsmodus. Ihre Annahme ist, dass Anti-Zionismus, eine Haltung eines Großteils der internationalen Gemeinschaft vor 44 Jahren dem Zionismus gegenüber, gleichbedeutend ist mit Rassismus. Oder um es genauer zu sagen, es wird zunehmend akzeptiert, dass Antizionismus und Antisemitismus zwei Seiten derselben Medaille sind.

Apartheid-ähnliches System

Dieser Trend verstärkte sich letzte Woche, als Frankreichs zentristischer Präsident Emmanuel Macron über die bloße Bekräftigung seiner wiederholten Verschmelzung von Antizionismus und Antisemitismus hinausging. Diesmal drohte er damit, den Antizionismus zu verbieten.

Macrons Verwirrung von Antizionismus und Antisemitismus ist eindeutig unsinnig. Antisemitismus bezieht sich auf den Hass auf Juden. Es ist schlicht und einfach rassistischer religiöser Fanatismus.

Der Antizionismus dagegen, ist die Opposition gegen die politische Ideologie des Zionismus, einer Bewegung, die in all ihren politischen Erscheinungen darauf bestanden hat, die Rechte der Juden auf ein Heimatland gegenüber denjenigen Vorrang einzuräumen, die bereits dort lebten, den Palästinensern.

Antizionismus ist kein Rassismus gegen Juden; er ist Opposition gegen den Rassismus zionistischer Juden.

Natürlich kann ein Antizionist auch antisemitisch sein, aber es ist wahrscheinlicher, dass ein Antizionist seine, oder ihre, Position aus rein rationalen und ethischen Gründen vertritt.

Das wurde erst im vergangenen Sommer klarer, als das israelische Parlament ein Basisgesetz verabschiedete [das Nationengesetz], das Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes definiert(2). Das Gesetz besagt, dass alle Juden, auch diejenigen ohne Bezug zu Israel, dort ein Recht auf Selbstbestimmung haben, ein Recht, das allen Palästinensern vorenthalten wird, einschließlich des Bevölkerungsanteils der formell Staatsbürgerschaft besitzt und ein Fünftels der israelischen Bevölkerung ausmacht, den palästinensischen Bürgern.

In anderen Worten, schafft das Gesetz zwei unterschiedliche Rechtsstellungen, implizit auch in den besetzten Gebieten, auf der Grundlage eines aufgezwungenen ethno-religiösen Klassifizierungssystems, das alle Juden zu Vorrechten über alle Palästinenser berechtigt.

Verfassungsmäßig betreibt Israel eindeutig ein Rechts- und Politiksystem im Apartheid-Stil, das noch weitgehender ist, als das Südafrikas [während der Apartheid]. Immerhin behauteten die Apartheid-Herrscher Südafrikas nie, dass ihr Land die Heimat aller Weißen sei.

Kriminalisierung von BDS

Macrons Drohung Antizionismus für gesetzeswidrig zu erklären ist die logische Ausweitung existierender Schritte innerhalb Europas und den USA, diejenigen zu bestrafen, die BDS unterstützen, die wachsende internationale

Solidaritätsbewegung mit Palästinensern die zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel aufrufen. Viele Unterstützer der BDS-Bewegung, aber nicht alle, sind Antizionisten. Ein Teil davon sind antizionistische Juden.

Die Bewegung legt nicht nur die jahrzehntelange Komplizenschaft der westlichen politischen Eliten bei der Unterdrückung der Palästinenser durch Israel bloß, sondern zeigt auch das Ausmaß dieser Komplizenschaft. Dies ist ein Grund, warum sie von diesen Eliten so verunglimpft wird.

Frankreich ist in diese Richtung bisher am weitesten gegangen und hat BDS als eine Form der wirtschaftlichen Diskriminierung kriminalisiert. Damit vermischt es einen Staat, Israel, mit einer Ethnie, den Juden - genau wie Antisemiten es tun.

Eine solche Gesetzgebung ist so sinnvoll wie die Ächtung eines Boykotts von Apartheid-Südafrika in den 80er Jahren, mit der Begründung, dass dies Weiße diskriminiere.

Israel-Lobbyisten in Aktion

Frankreich liegt an erster Stelle. In den USA haben ungefähr 26 Staaten Gesetze erlassen, um Personen und Organisationen, die einen Boykott unterstützen, zu bestrafen, oder zu sanktionieren. In 13 weiteren Staaten sind ähnliche Gesetze noch in Bearbeitung.

Keiner von ihnen scheint darüber beunruhigt zu sein, dass sie die von den Amerikanern so hoch geschätzten Rechte des *First Amendment* [Erster Verfassungszusatz] verletzen und eine Ausnahme vom Recht auf freie Meinungsäußerung in nur einem Fall machen - dem von Israel.

In diesem Monat schloss sich der US-Senat dem Kampf an, indem er ein Gesetz verabschiedete, das die Staaten ermutigen soll, wirtschaftliche Strafen gegen diejenigen zu verhängen, die einen Boykott Israels unterstützen.

Diese Erfolge gegen die gewaltfreie BDS-Bewegung sind das Ergebnis intensiver und böswilliger Anstrengungen israelischer Lobbyisten hinter den Kulissen, Antizionismus mit Antisemitismus zu vermischen.

Während Israels Ansehen in der westlichen Öffentlichkeit eingebrochen ist, durch das Aufkommen der sozialen Medien, endlosen Videos und von Telefonkameras aufgezeichneter Gewalt durch die israelische Armee und der Siedler, und Israels Aushungern des Gazastreifens, arbeiten die Israel-Lobbyisten daran, es immer schwieriger zu machen, sich zu äußern.

Neudefinition von Antisemitismus

Ihr Coup war die unlängst im Westen weit verbreitete Akzeptanz einer Neudefinition des Antisemitismus, die ihn bewusst mit dem Antizionismus verwischt.

Die Spuren Israels sind überall in der Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu finden. Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass die von der IHRA entwickelte lange und vage Definition des Antisemitismus durch 11 Beispiele ergänzt wurde, von denen sieben sich auf Israel beziehen.

Ein Beispiel, das besagt, dass Israel als „rassistisches Unterfangen“, zu bezeichnen, darauf hindeute, dass die 72 UN-Mitgliedstaaten, die 1975 für die Resolution „Zionismus ist Rassismus“ gestimmt hatten, sowie die 32, die sich enthielten, selbst Antisemitismus befürworten, oder ihn ignorieren.

Westliche Regierungen, lokale Behörden, politische Parteien und öffentliche Einrichtungen beeilen sich jetzt, die IHRA-Definition zu übernehmen.

Das Ergebnis ist eine wachsende Angst der westlichen Öffentlichkeit vor dem, was über Israel gesagt werden kann, ohne Vorwürfe des Antisemitismus hervorzurufen. Das ist das Ziel. Wenn Menschen Angst haben, dass andere sie für antisemitisch halten, weil sie Israel kritisieren, werden sie schweigen und Israel damit mehr Spielraum für Verbrechen gegen die Palästinenser geben.

Das Cliché des selbsthassenden Juden

Wenn Macron und die IRHA Recht hätten, dass Antizionismus und Antisemitismus fast nicht unterscheidbar seien, müssten wir einige sehr unbequeme Schlussfolgerungen akzeptieren.

Wenn sich Macrons Anstrengungen als erfolgreich erweisen würden, den Antizionismus zu kriminalisieren, würde das bedeuten, dass Palästinenser und Juden bestraft werden könnten, ja evtl. sogar ins Gefängnis kommen könnten, weil sie die Gleichstellung von Palästinensern und Juden in Israel fordern

Eine wäre, dass die Palästinenser insgesamt als Antisemiten beurteilt werden müssen, dafür, dass sie ihr Recht auf Selbstbestimmung einfordern. Anders formuliert, es wäre unmöglich für Palästinenser dieselben Rechte in ihrem Heimatland zu fordern wie die Juden sie genießen, ohne dafür als Rassisten bezeichnet zu werden. Willkommen bei *Alice Through the Looking Glass*.

Eine weitere Schlussfolgerung wäre, dass ein erheblicher Teil der Juden auf der ganzen Welt, die sich der Selbstdefinition Israels als jüdischen Staat entgegenstellen, ebenfalls Antisemiten sind, die von einem irrationalen Hass auf andere Juden infiziert sind.

Dies bedient das Cliché vom „selbsthassenden Juden“, auf das sich Israel seit Langem stützt, um Kritik von Juden zu diskreditieren. Aus dieser Sicht sind die Juden, die wollen, dass die Palästinenser die gleichen Rechte genießen, die die Juden im Nahen Osten für sich selbst beanspruchen, rassistisch und nicht nur das, sondern sie sind auch rassistisch sich selbst gegenüber.

Wenn sich Macrons Anstrengungen als erfolgreich erweisen würden, den Antizionismus zu kriminalisieren, würde das bedeuten, dass Palästinenser und Juden bestraft werden könnten, ja evtl. sogar ins Gefängnis kommen könnten, weil sie die Gleichstellung von Palästinensern und Juden in Israel fordern.

So absurd diese Argumentation klingt, wenn sie so platt formuliert wird, muss man feststellen, dass ähnliche Ansätze im Umgang mit Antisemitismus von Akteuren in ganz Europa und den USA akzeptiert werden.

Das Ausmaß dieses Wahnsinns wurde ersichtlich in der Entscheidung der Bank für Sozialwirtschaft, das Konto einer jüdischen antizionistischen Gruppe, der *Jüdischen Stimme für gerechten Frieden im Nahen Osten*, wegen ihrer Unterstützung für einen Boykott Israels zu kündigen. Es war das erste Mal dass eine deutsche Bank einer jüdischen Organisation das Konto kündigte, seit die Nazis an der Macht waren.

Die Bank hatte diese Maßnahme ergriffen, nachdem es Beschwerden durch das *Simon Wiesenthal Center* gab, dass die *Jüdische Stimme* antisemitisch sei. Das *Simon Wiesenthal Center* ist eine Gruppe, die ihre glühende Unterstützung für Israel hinter der Maske, sich für jüdische Rechte einzusetzen, verbirgt.

Links und rechts außen verschmelzen

Macrons Ablehnung des Antizionismus, die von vielen anderen geteilt wird, die versuchen, ihn mit Antisemitismus gleichzusetzen, hat eine explizite und eine eher verdeckte Ursache. Beides hängt mit der politischen Krise, in der er sich befindet, zusammen. Nach zwei Jahren im Amt ist er der unpopulärste Präsident in der Geschichte der Republik.

Laut Macron wächst mit dem Anstieg des Antizionismus oder der wachsenden Opposition gegen Israel die Zahl derer, die Juden in Frankreich Schaden zufügen wollen, sei es durch Angriffe, das Kritzeln von Hakenkreuzen auf jüdischen Gräbern oder durch Korumpieren des öffentlichen Diskurses, insbesondere durch *Social Media*.

Tatsächlich ist Corbyn eine echte Ausnahme: ein europäischer Politiker in Sichtweite der Macht, der dem Recht der Palästinenser auf Gerechtigkeit Vorrang vor der Unterdrückungspolitik Israels einräumt

Wie Gruppen, die er und die französisch-jüdischen Lobbygruppen als Kern des Problems identifiziert haben, sind französische Muslime, oft kürzlich Eingewanderte, die angeblich rassistische Einstellungen des Nahen Ostens gegenüber Juden importieren und säkulare Linke, die bei der Unterstützung der BDS-Bewegung die Führung übernommen haben.

Obwohl eine kleine Anzahl französischer Muslime extremistische Positionen vertreten, sind die meisten Israel gegenüber feindselig eingestellt, wegen seiner Politik der Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser. Diese Haltung dominiert auch unter BDS-Aktivisten.

Doch Macron und die Lobby folgern, dass diese beiden antizionistischen Gruppen im Grunde eng mit den antisemitischen rechtsextremen und neonazistischen Gruppen verbunden sind, unabhängig von ihren offensichtlichen Unterschieden in Ideologie und Haltung gegenüber Gewalt.

Macrons Verwischung von Antizionismus und Antisemitismus soll Zweifel wecken, was die offensichtlichen Unterschiede zwischen diesen drei sehr unterschiedlichen ideologischen Richtungen sein sollten.

Macrons Taschenspielertrick

Sein Taschenspielertrick ist jedoch mit einer Agenda verbunden, auch einer egoistischen, wie sich im breiteren Missbrauch von Antisemitismusverleumdungen in Europa und den USA gezeigt hat. Er sieht sich einer Revolte gegenüber, die als Gelbwesten oder *Gilets Jaunes* bekannt ist, die seit vielen Monaten die Hauptstraßen erobert. Die Proteste erschüttern seine Regierung.

Wie andere Basisrevolten in jüngster Zeit, wie z.B. die *Occupy* Bewegung, sind die Gelbwesten führungslos und ihre Forderungen sind schwer zu erfassen. Es repräsentiert eher eine Stimmung, eine wachsende Unzufriedenheit mit einem abgekoppelten politischen System, das seit der Finanzkrise vor 10 Jahren chronisch pleite und unreformierbar erscheint. Die Gelben Westen verkörpern einen Groll derer, die einem neuen Konzept einer gerechteren und faireren Gesellschaft anhängen.

Die Undeutlichkeit der Bewegung war ihre Kraft und ihre Drohung. Diejenigen, die von der Sparpolitik frustriert sind, die über eine arrogante, nicht reagierende politische und finanzielle Elite wütend sind, die sich nach einer Rückkehr zu

einem eindeutigerem Gefühl dessen sehnen, was es bedeutet französisch zu sein, können sich alle unter diesem Banner versammeln. Aber ebenso hat die Bewegung es Macron und der französischen Elite erlaubt, auf die Gelbwesten jegliche Art an böswilligen Motiven zu projizieren, um die Bewegung zu dämonisieren. Anschuldigungen, die von Sprechern der Bewegung verneint werden. Angesichts der wachsenden nationalistischen, rechtsextremen Bewegungen in ganz Europa kann der in Schwierigkeiten steckende französische Präsident nicht widerstehen, die Gelbwesten als antisemitisch zu bezeichnen.

Macron behauptete, linke und antirassistische Aktivisten, die BDS unterstützen würden mit Neonazis unter einer Decke stecken, und warf die Gelbwesten mit rechtsextremen weißen Nationalisten in einen Topf und ein Großteil der französischen Medien war gerne bereit diesen Unfug weiterzuverbreiten.

Die Liebe der Zentristen für die Macht

Für diejenigen, die davon ausgehen, dass zentristische Führer wie Macron nicht aus nacktem politischem Eigeninteresse handeln, sondern aus dem Anliegen heraus, Vorurteile abzubauen und eine verwundbare Gemeinschaft zu schützen, lohnt es sich jedoch, aktuelle Forschungen über globale politische Einstellungen zu bedenken.

Letztes Jahr veröffentlichte die *New York Times* einen Kommentar von David Adler, der verdeutlichte, dass entgegen landläufiger Meinung, Zentristen durchschnittlich deutlich weniger an Demokratie interessiert waren, als die Linke und die Rechte. Am wenigsten unterstützten sie die Bürgerrechte und „freie und faire Wahlen“.

Dieser Trend war speziell ausgeprägt in den USA, Großbritannien, Frankreich, Australien und Neuseeland, war aber auch in vielen anderen westlichen liberalen Demokratien spürbar.

Darüberhinaus war die Unterstützung für einen Autoritarismus und einen starken Mann in den meisten westlichen Ländern, inkl. Frankreich unter Zentristen viel stärker als bei den ganz Linken. Auch britische und US-amerikanische Zentristen übertrafen die weit rechts Stehenden in ihrer Vorliebe für Autoritätspersonen.

Adler kam zu folgendem Schluß: „Unterstützung für ‚freie und faire Wahlen‘ nimmt in der Mitte ab, bei jedem einzelnen Land in diesem Beispiel. Auffallend ist die Größe des Abstands. In den USA z.B., halten weniger als die Hälfte derjenigen, die der politischen Mitte zuzuordnen sind, Wahlen für wesentlich. Zentristen ... scheinen starke und effiziente Regierungen gegenüber dem Durcheinander demokratischer Politik vorzuziehen“.

Der Würgegriff der Lobbyisten

Deshalb ist es vielleicht nicht überraschend, dass zentristische Führer, wie Macron, zu den bereitwilligsten gehören, die sich von einer fairen und offenen Debatte abkoppeln, Gegner beschimpfen und die ideologischen Unterschiede zwischen denen zu ihrer Linken und Rechten verwischen.

Ebenso sind Anhänger des Zentrismus wahrscheinlich bereit, unbegründete Anschuldigungen des Antisemitismus im Dienste der Aufrechterhaltung eines Status quo, den sie als vorteilhaft empfinden, zu übernehmen. Dieser Prozess hat sich in letzter Zeit deutlich in Großbritannien und den USA gezeigt.

Seit Jahrzehnten dominieren in Washington die Zentristen die Politik auf beiden Seiten einer vermeintlichen politischen Kluft und ein Thema, das in den USA besonders starke überparteiliche Unterstützung gefunden hat, ist die Unterstützung für Israel.

Der Grund für einen restriktiven Washingtoner Konsens zu einer ganzen Reihe von Fragen, einschließlich Israel, liegt am Druck auf den politischen Prozess in den USA durch das Kapital und bezahlte Lobbyisten. Lobbys ziehen es vor, im

Dunkeln zu operieren und Einfluss auf die Öffentlichkeit auszuüben. Im Falle Israels ist die Lobby jedoch immer offensichtlicher geworden und ihre Verteidigung Israels wird immer schwieriger aufrechtzuerhalten, da Übergriffe auf Palästinenser einfach in den sozialen Medien veröffentlicht werden. Dies wiederum hat das Wachsen der BDS-Bewegung vorangetrieben und eine neue, wenn auch noch kleine Gruppe von Politikern, die sich widersetzen.

Ilhan Omar attackiert

Die muslimische Kongressabgeordnete Ilhan Omar zeigte, wie das etablierte System versucht, eigenwillige Neulinge in die Schranken zu weisen, nachdem sie einen offensichtlichen Aspekt getwittert hatte, nämlich, dass die pro-israelische Lobbygruppe AIPAC, wie andere Lobbyisten auch, ihr Geld dafür verwendet, um in Washington politische Orthodoxie durchzusetzen, was ihr Thema betrifft. Oder wie sie es ausdrückte: „Es dreht sich alles um die Benjamins“, Slang für 100-Dollar-Scheine, die ein Bild von Benjamin Franklin zeigen.

Schnell ging sie in einer Lawine von Behauptungen unter, dass ihr Kommentar ein Beweis für Antisemitismus sei. Sie kamen aus dem gesamten politischen Spektrum, von den Größen ihrer eigenen demokratischen Partei, bis hin zu Präsident Trump. Sie entschuldigte sich für die Kritik.

Omar begründete ihre Entscheidung damit, dass es an den Juden sei zu entscheiden, was antisemitisch sei. Im Zeitalter einer zügellosen Identitätspolitik klingt das zwar oberflächlich einleuchtend, doch eigentlich macht es überhaupt keinen Sinn.

Auch wenn eine deutliche Mehrheit der Juden die Kritik an Israel oder seinen Lobbyisten tatsächlich für antisemitisch hält, was eine höchst fragwürdige Hypothese ist, verfügen sie nicht über ein besonderes oder ausschließliches Recht, diese Feststellung zu treffen.

Wie bereits endlos dokumentiert wurde, schikaniert Israel die PalästinenserInnen. Niemand hat das Recht, die moralische Überlegenheit als Opfer von Rassismus zu beanspruchen, wenn er dieselbe Überlegenheit dazu benutzt, die Untersuchung israelischer Verbrechen an Palästinensern zu behindern. Das anders zu sehen, würde bedeuten, der Verteidigung der Juden vor einem möglichen Rassismus Vorrang einzuräumen, vor den umfangreichen Beweisen für konkreten Rassismus durch Israel gegen Palästinenser.

Omars Entschuldigung geht davon aus, dass die Juden mit den lautesten Stimmen, also mit den größten Podien, denjenigen denen das meiste Geld zur Verfügung steht, alle Juden vertreten. Es macht das organisierte amerikanische Judentum, dessen entschiedene Unterstützung für Israel sich als unerschütterlich erwiesen hat, auch wenn der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu das Land in die extreme Rechte geführt hat, zum Schiedsrichter dessen, was alle Juden denken.

Tatsächlich macht es noch mehr. Es macht die Israel-Lobby selbst zur Prüferin dafür, ob es eine Israel-Lobby gibt. Es erlaubt ihr, sich vollständig abzuschirmen, so dass ihr Einfluss noch stärker verankert und undurchsichtiger wird. Omar ist damit nicht allein. Andere prominente, oft schwarze Kritiker Israels, fanden sich im Kreuzfeuer von Antisemitismusbeschuldigungen, darunter kürzlich Marc Lamont Hill und Angela Davis.

Das Ziel, durch die beständigen Anschuldigungen, dass Omar „antisemitische Cliches“ bediene, wenn sie sich äußert, wird sichergestellt, dass sie beginnt, sich selbst zu zensieren, „moderat“ zu werden, wie ihre Politiker-Kollegen und sich dem parteiübergreifenden Konsens anschließt, Israel weiterhin darin fortfahren zu lassen, Palästinenser zu missbrauchen. Tut sie es nicht, wird sie vermutlich politisch fertig gemacht, entweder von ihrer eigenen Parteibürokratie, oder von den Wählern.

Corbyn in der Defensive

Dieser Prozess ist in Großbritannien viel weiter fortgeschritten, mit einer gezielten und langjährigen Kampagne zur Stigmatisierung von Jeremy Corbyn mit Antisemitismus-Anschuldigungen, seit er vor mehr als drei Jahren Vorsitzender der Labour Party wurde.

Corbyn ist Vertreter einer sozialistischen Tradition in Großbritannien, die von Margaret Thatcher in den frühen 1980er Jahren beseitigt wurde, und ein überzeugter Anhänger der palästinensischen Sache. **Tatsächlich ist er eine echte Ausnahme: ein europäischer Politiker in Sichtweite der Macht, der dem Recht der Palästinenser auf Gerechtigkeit Vorrang vor der Unterdrückungspolitik Israels einräumt.**

Die Israel-Lobby hat von ihm viel zu befürchten, wenn es darum geht, das politische Klima in Europa gegenüber Israel zu verändern.

In Großbritannien hat sich die regierende Konservative Partei in den letzten Jahrzehnten immer weiter nach rechts bewegt, sodass die Labour-Partei im Parlament den Bereich in der Mitte besetzen konnte, der unter der Führung von Tony Blair in den 90er Jahren festgelegt wurde.

Obwohl Corbyn große Unterstützung unter den Labour-Mitgliedern genießt, die ihn in die Führung beförderten, befindet er sich im Konflikt mit den meisten seiner Abgeordneten. Die Zentristen haben den Antisemitismus benutzt, um Corbyn und den Hunderttausenden an Mitgliedern, die hinter ihm stehen, zu schaden, genau so wie es Macron gegenüber seinen eigenen politischen Gegnern getan hat. Corbyns eigene Abgeordnete haben ihn öffentlich beschuldigt, in der Labour Party einen „institutionellen Antisemitismus“ zu pflegen, oder sogar selbst antisemitisch zu sein.

Sie haben dies getan, obwohl alles darauf hindeutet, dass es wenig Antisemitismus unter den Labour-Mitgliedern gibt, weniger als in der regierenden konservativen Partei. Labour-Mitglieder jedoch haben sich von Corbyn befreit gefühlt, um viel offener in der Kritik an Israel zu sein.

Appeasement scheitert

Diesen Monat spaltete sich eine Gruppe von acht Abgeordneten der Labour-Partei ab, um eine neue Fraktion, die *Independent Group*, zu gründen, und nannte als einen der Hauptgründe das vermeintliche „Antisemitismusproblem“ der Labour Party. Unter Hervorhebung ihrer zentristischen Agenda schlossen sich ihnen drei „moderate“ konservative Abgeordnete an, die sich gegen die harte Linie von Premierministerin Theresa May beim Austritt aus der Europäischen Union, bekannt als *Brexit*, stellten. Weitere Abgeordnete beider Seiten könnten folgen.

Daraufhin unterstützte Corbyns Stellvertreter, Tom Watson, ein weiterer Zentrist, die Überläufer und machte seine eigenen Parteimitglieder verächtlich, bekräftigte Aussagen über eine Antisemitismuskrise in der Partei und sagte, es sei Zeit, sie auszurotten.

Corbyn versuchte immer wieder, die Zentristen, sowie die Pro-Israel-Lobbygruppen in Großbritannien zu beschwichtigen, sowohl diejenigen innerhalb seiner Partei wie die *Labour Friends of Israel* und *Jewish Labour Movement* als auch diejenigen außerhalb, wie das *Board of Deputies*, *BICOM* und die *Campaign Against Anti-Semitism*.

Entgegen dem offensichtlichen Widerstand der Mitglieder, akzeptierte die Labour-Partei sogar die IHRA-Definition von Antisemitismus, einschließlich der Beispiele, die Israel vor Kritik schützen sollen, aber alles blieb wirkungslos.

Je mehr Corbyn den Kritikern zugestand, desto mehr haben diese ein angebliches Antisemitismusproblem in der Labour-Partei propagiert.

Wie andere in den USA und Europa auch, lernt Corbyn langsam, dass es sich hierbei nicht um Meinungsverschiedenheit in gutem Glauben handelt und, dass es keinen Mittelweg gibt.

Die Besudelungsindustrie will keine Schutzvorkehrungen gegen Antisemitismus, sie will eine Rückkehr zu einer politischen Kultur, in der ihre Macht unangefochten und unhinterfragt war.

Für die Israel-Lobby bedeutet dies die Wiederbelebung eines politischen Klimas, wie es vor der Diskreditierung des Oslo-Prozesses bestand, in dem die Kritik an Israel öffentlich vermieden wurde und die Palästinenser hauptsächlich als Terroristen behandelt wurden.

Für die Zentristen bedarf es der Verankerung einer verwaltenden, neoliberalen Politik, in der Großunternehmen und die Finanzindustrie frei darin sind, die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu diktieren, und die Öffentlichkeit sie widerspruchlos bei Misserfolgen durch Sparmaßnahmen rettet.

Es ist ein unheiliger Pakt, in dem Juden dazu benutzt werden, die Räder einer gescheiterten, machtlosen und zunehmend autoritären Politik des zentristischen Lagers zu ölen.

27.02.19

(1) ecf.org.il/issues/issue/1320

(2) knesset.gov.il/laws/special/eng/BasicLawNationState.pdf

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: jonathan-cook.net/2019-02-27/france-macron-zionism-antisemitism